

Der aargauische Große Rat nimmt mit Genugtuung davon Kenntnis, daß verschiedene aargauische Arbeitgeber aus Handel, Industrie und Gewerbe mit Rücksicht darauf, daß seinerzeit die Löhne zufolge der Wirtschaftskrise, insbesondere in der Exportindustrie reduziert werden mußten und daß seit der Abwertung die Lebensmittelpreise im Steigen begriffen sind, die Löhne ihrer Arbeiter und Angestellten wieder erhöht haben.

Der aargauische Große Rat spricht im Anschluß an diese Feststellung die Erwartung aus, daß seitens der Arbeitgeberschaft überall da, wo die Löhne tief und ungenügend sind, in Berücksichtigung der eingetretenen wirtschaftlichen Veränderungen, eine den Geboten der Billigkeit und Gerechtigkeit entsprechende Lohnerhöhung durchgeführt werde.

Dr. A. Schmid weist vor dem Großen Rat darauf hin, daß seine Interpellation bereits vor einem Jahr eingereicht wurde, durch die der regierungsrätliche Bericht ausgelöst worden ist. Er empfiehlt, dem daraus hervorgegangenen einstimmigen Postulat der Spezialkommission ebenfalls einstimmig zuzustimmen. — Wirz (freis., Würenlingen) macht darauf aufmerksam, daß das Postulat der Kommission Zweifel darüber enthalte, ob sich die aargauische Arbeitgeberschaft ihrer Pflicht bewußt sei. Die Aufnahme des Postulates würde einem Tadel gleichkommen. Er bittet deshalb, den Antrag der Kommission abzulehnen. — Vaager (Sp., Aarau) spricht ebenfalls für Ablehnung dieses Antrages. Er unterstreicht die Ausführungen von Herrn Wirz und weist auf die aufsteigende Konjunktur hin. Die ganze Angelegenheit gebe dem Großen Rat nichts an und der Antrag der Kommission sei ein gefährliches Präjudiz sowie eine unnötige politische Demonstration. Der Rückzug, den Dr. Schmid mit seiner Interpellation anzutreten habe, sollte nicht vom Großen Rat geduldet werden. — Von Vizeamann Schmid (soz., Gränichen) wird dieser Auffassung entgegengetreten, auch Meier (k.-l., Baden) glaubt, daß es eine Anzahl von Arbeitgebern gebe, die trotz großer Gewinne die Löhne nicht erhöht haben. Wenn der Große Rat diesen einen Wink gebe, so tue er nicht mehr als seine Pflicht. — Birchmeier (k.-l., Rünen) bittet im Gegenzug zu seinem Fraktionskollegen, den Anträgen der Herren Wirz und Vaager zu folgen. Er erinnert an die Preiszusammenbrüche auf dem Textil- und Metallmarkt. Viele Industrien verkaufen wieder zu den Preisen der Zeit vor der Abwertung. Das französische Beispiel sollte uns zu denken geben.

Dr. Schmid (H., Suhr) empfiehlt Dr. A. Schmid die Lesart des Buches von Ermatinger „Kapital und Ethos“, welches beweist, daß die schweizerische Arbeitgeberschaft ihre sozialen Aufgaben immer erkannt und gefördert hat. Der Kommissionsantrag sollte deshalb seiner Vorwürfe entledigt werden. Er übergibt dem Büro eine entsprechende Umformulierung, die den zweiten Abschnitt des Postulates folgendermaßen lautet:

„In Unterstützung dieses einsichtsvollen Vorgehens spricht der Große Rat die Erwartung aus, daß überall da, wo dies möglich und tragbar erscheint und nicht bereits geschehen ist, im Interesse des Arbeitsfriedens eine den Geboten der Billigkeit entsprechende Lohnerhöhung durchgeführt wird.“

Nationalrat Dr. Roman Abt (Sp., Bünzlen) bezeichnet die seinerzeitige Interpellation Dr. Schmid als einen unbegründeten SOS-Ruf. Er hat sie deshalb zurückgezogen zugunsten eines Postulates, auf das die Kommission leider heringefallen sei. Das Postulat enthalte einen ungerechten Vorwurf, gegen den man sich wehren müsse. — Hemmeler (freis., Lengnau) ist der gleichen Ansicht. Im übrigen wendet er sich gegen den von Dr. Schmid gemachten Vorwurf, die Banken hätten infolge der Abwertung große Gewinne gemacht. Diese Gewinne bestanden im wesentlichen in der Kurssteigerung der Obligationen, die vermutlich nicht dauert. — Dr. A. Schmid erklärt, er habe seine Interpellation nicht „zurückgezogen“. Diese habe den Bericht der Regierung ausgelöst. Das vorliegende Postulat der Kommission enthalte keinen Vorwurf. Frankreich befinde sich heute infolge seiner schwächlichen außenpolitischen Haltung in schlimmer Situation, deshalb könne man auf dieses Beispiel nicht verweisen. Unsere Arbeiter müßten in die Lage versetzt werden, den Bauern mehr abzufaufen. Man habe mit dem Postulat versucht, eine Fassung zu finden, die niemand verletze. Deshalb sollte man ihr zustimmen. — Willi (N. B., Baden) erklärt, daß das Postulat an der Lage der Arbeiter nichts ändern werde, weshalb es abzulehnen sei. — Der Kommissionsreferent Baumann empfiehlt, wenn man dem Kommissionspostulat nicht zustimmen könne, so doch wenigstens ihrer Modifi-

zierung durch den Antrag Fr. Schmid (Suhr) zuzustimmen.

Regierungsrat Dr. Siegrist schildert, welche Stellungnahme die Regierung nachträglich zum Kommissionsantrag bezogen hat. Sie sei der Ansicht, daß der Große Rat das Recht habe, sich über diese Frage auszupprechen. Eine Rundgebunne, wie diejenige, die das Postulat fordere, werde vom aargauischen Volke sicherlich richtig verstanden werden. Selbst in freisinnigen Kreisen sei man in den Preisfragen geteilter Meinung. Er verweist u. a. auf einen redaktionellen Artikel des „Aarg. Tagblatt“, in welchem geschrieben wurde, daß sich die Professer nicht bewußt seien, wieviel Bundessubvention ihnen täglich zugute komme und daß es nicht recht verständlich sei, daß diese den Begüterten und den Unbegüterten gleichermaßen zufalle. — Frey (soz., Baden) unterstützt das Postulat. — Frey (freis., Kaiserstuhl) hingegen bittet Nationalrat Dr. Schmid, mit dem Arbeitgeberverband in Verbindung zu treten und mit diesem zusammen gegen jene Firmen vorzugehen, die zu niedrigen Löhnen zahlen. Die Frage gehöre nicht vor den Großen Rat. — Vosser (k.-l., Neuenhof) glaubt, daß es noch einige Firmen gebe, die zu niedrigen Löhnen zahlen. Der im Antrag enthaltene Vorwurf treffe nur diese, weshalb er angenommen werden sollte. — Dr. Vaager (Sp., Aarau) macht Regierungsrat Siegrist den Vorwurf, die Frage etwas verwischt zu haben. Was er wirklich anstrebe, das finde man im regierungsrätlichen Bericht auf Seite 11, wo der Standpunkt der regierungsrätlichen Minderheit dargestellt wird. Dort heißt es: „Entweder sollten die Löhne unter Fr. 4000.— erhöht werden oder man müßte die Lebenshaltungskosten für solche Lohnbezieher herabsetzen.“

Dr. Beetschen (freis., Rheinfelden) glaubt, daß immer nur eine außerordentliche Situation oder ein wirklicher Notstand den Großen Rat veranlassen darf, in die private Sphäre einzugreifen. Wenn er das Postulat ablehne, dann tue er dies nur in diesem Sinne, nicht aber, weil er damit materiell zur Lohnfrage Stellung beziehen möchte. — Dr. Baumann (freis., Wohlen) erklärt, wie das Postulat der Kommission zustande kam. Er empfiehlt im Interesse des Arbeitsfriedens, daß man sich auf seine ursprüngliche Formulierung einigen möge, worin mit Genugtuung festgehalten wird, daß eine Anzahl Arbeitgeber von sich aus und auf Antrag des Arbeitgeberverbandes die Löhne erhöht haben.

Alleman (freis., Aarau) wendet sich gegen die Ausführungen Dr. Vaagers, indem er gleichzeitig für das Postulat der Kommission eintritt. — Es äußern sich noch verschiedene Redner, ohne wesentliche neue Gesichtspunkte in die Debatte zu werfen. — Kommissionsreferent Nationalrat Baumann betont nochmals, daß im Kommissionspostulat kein Vorwurf enthalten sei. — Dr. Haller (freis., Aarau) unterstreicht die Ausführungen Dr. Beetschens. Nur ein besonderer Notstand dürfe den Großen Rat zu einer Feststellung veranlassen, wie sie im Postulat der Kommission enthalten ist. Solche Vorwürfe gegen ganze Gruppen haben immer etwas Stöckendes für die, die nicht gemeint seien. Dr. A. Schmid habe dies zwar bestritten, danach aber eine Anklage gegen den Kapitalismus gehalten. Er möchte auch den Wortlaut von Dr. Baumann abgelehnt wissen. Man sollte ja oder Nein sagen. (Luruse: Schluss, Abstimmung!) Nachdem Dr. Schmid nochmals das Postulat verteidigt, wird zur Abstimmung geschritten.

In der Evidenzabstimmung wird zuerst die Formulierung Schmid (Suhr) gutgeheißen (mit 74 gegen 65 Stimmen). Danach wird auf Antrag Moor (Aarau) in unermittelter Abstimmung mit 99 Ja gegen 64 Nein das abgeänderte Postulat der Kommission angenommen.

Der Rat geht dann über zur Motion Hunziker.

Diese hat folgenden Wortlaut:

„Aus der Presse hat das Volk von der Absicht des Bundesrates Kenntnis erhalten, die Bestimmungen des Finanzprogramms II weiterhin in Kraft zu setzen. Die erneut geplante offizielle Abbaupolitik gefährdet den durch die Abwertung des Schweizerfrankens eingeleiteten Wiederaufstieg der Wirtschaft. Sie erschwert Kantonen und Gemeinden die Anstrengungen zur Gesundung ihrer Finanzhaushalte.“

Der Regierungsrat wird ersucht, beim Bundesrat nach Art. 93 der Bundesverfassung seinen ganzen Einfluß geltend zu machen,

1. daß in der Eidgenossenschaft der Weg zu gesunden Staatsfinanzen in der Wiederaufrichtung der Wirtschaft und nicht im weiteren Abbau gesucht wird,

Großbritanniens Teufelsinseln

Wenn das staßgraue Kriegsschiff an der Kohlenstation von Victoria, dem Hauptort der Seychellen-Inseln im Indischen Ozean anlegt, wartet am Hafen eine Menschenansammlung, die in ihrer malerischen Aufmachung geradezu einer Märchenschau entzogen sein könnte. Ein Scheich, in weiße Gewänder gehüllt, hoch, die Wasserpeise rauchend, auf einem Tabakballen, unweit davon lehnt ein muskulöser Negersoldat an einem Blechschuppen und spricht auf einen langbärtigen Indier ein, an dessen Stirn das Kastenzichen leuchtet. Aber im gleichen Augenblick, da die kleine Barkasse, an deren Heck der rote „Union Jack“ des Gouverneurs flattert, am Bandungssteig hält, verstummen alle Reden. Wortlos grüßen die exotischen Gäste der Seychelleninsel Mahé ihre neuen Gefährten aus den verschiedensten Teilen des englischen Imperiums. Zu den „Unverbesserlichen“, den ewig „Aufsässigen“ gesellen sich Männer, die des gleichen „Verbrechens“ angeklagt sind: Aufruhr gegen die Oberhoheit Seiner Majestät des Königs von Großbritannien und Kaisers von Indien.

34 Inseln und über 80 unbewohnte Balfas- oder Korallenriffe umfaßt die Gruppe der Seychelleninseln. Ihr Name wird überall dort, wo Kolonialvölker gegen die britische Oberherrschaft revoltieren, mit einem Beifang von Schrecken genannt. Und doch sind diese „Teufelsinseln für Rebellen“ nicht so höllisch, wie die Phantasie es sich ausmalt. Das Klima ist gut, die Vegetation üppig, oft von paradiesischer Schönheit, und die Freiheit innerhalb der Inselgruppe selbst kaum angetastet. England ist zu klug, um es mit den hierher exilierten Führern der von ihm beherrschten Völker ganz zu verderben. Wer weiß, ob nicht jener palästinensische Scheich schon morgen dazu berufen ist, als Schachfigur gegen einen noch gefährlicheren Propheten der Unabhängigkeit zu dienen.

Ein Gouverneur und 67 Hohen

Minister H. G. Barton hat die nicht leichte Aufgabe, 67 Königen, Fürsten, Stammesführern, Parteiliefern Befehle zu erteilen. Er muß ein ungewöhnliches Maß von Geschicklichkeit beweisen, um all jenen Männern, die selbst zu befehlen gewohnt sind, auch weiterhin das Gefühl einer gewissen Unabhängigkeit zu bewahren. Wenn er zweimal jährlich zu einem Empfang in seinem zweistöckigen Palais einläßt, dann stellen die Kammerdiener jeden der „hohen Gäste“ unter seinem vollen Titel vor. Aber mit Titel und Ehren allein ist es ja nicht getan. Die hohen Gefangenen müssen auch ein wirkliches Herrschaftsgebiet erhalten, sie müssen die Verwaltung eines Stückes Landes übertragen bekommen, auf dem sie schalten und walten können, wie es ihnen gefällt. Und so werden auf den Seychellen aus eingeborenen Königen Großgrundbesitzer, aus Rebellen Bauern, die sich zunächst um das Gedeihen ihrer Reisfelder und Vanilleschoten mehr Sorgen machen, als um die Geschicke in der hohen Politik.

Unter den Prominenten ist als einer der ältesten „Gäste“ der Ururenkel des „schwarzen Napoleon“, der Julakönig Dingaan, zu nennen. Wie sein berühmter Urahn, dessen

Kämpfe gegen die englischen Einwanderer eine blutige Seite in der Geschichte Südafrikas darstellen, hat sein Nachwimmel stets gegen die Herrschaft der Weißen gekämpft. Nun ist er auf der Seychelleninsel Braslin interniert und regiert über eine dreißigköpfige Dienerschaft von Negern und Kreolen. Sein Anbau von Zimt, Reis und Tabak hat sich als so erfolgreich erwiesen, daß er zu den reichsten Männern der Seychellen gehört. Abdulla Jan, dessen Anschläge auf die Rhyderpashah und den bengalischen Gouverneur, Sir Charles Tregart, ihn zum Schrecken der englischen Verwaltung in Nordindien gemacht hatten, lebt heute als Gärtner auf der Insel Silhouette. Er hat sich besonders der Erhaltung der aussterbenden, nur auf den Seychellen zu findenden Palmart Lodoicea gewidmet und für die sorgfältige Anlegung eines Fächerpalmenhains von der Königlich-Botanischen Gesellschaft in London eine Auszeichnung erhalten.

Der Sekretär des Großmufi.

Guad Saba, der erst vor kurzem nach den Seychellen deportierte Sekretär des Großmufi von Jerusalem, hat sich als Aufkäufer und Exporteur von Kopro eine finanziell recht günstige Stellung geschaffen; andere Internierte haben aus ihrem Privatvermögen noch genug Geld zur Verfügung, um sich ein bequemes Rentnerleben zu gestalten. An und für sich steht es der Verwaltung nicht gern, wenn die Deportierten der verschiedenen Völkerschaften miteinander verkehren. Trotzdem lassen sich die gegenseitigen Besuche nie ganz verhindern und so mag es sein, daß im Exil eine Art „farbige Front“ gegen das Empire geschmiedet wird, wobei — Ironie des Schicksals! — meist die englische Sprache das Verständigungsmittel zwischen Indern, Arabern, Malayen und Negern bildet.

Selbstverständlich geben sich trotz ihres scheinbar paradiesischen Lebens nicht alle Gefangenen der Seychellen mit ihrer Scheinfreiheit zufrieden. Immer wieder gibt es Fluchtversuche, die bisher stets mißlungen sind, da die Entfernung zum afrikanischen Festland über 1500 Kilometer beträgt. Ein einziges Mal gelang es zwei Ägypter mit ihrer malayischen Besatzung bis in den Hafen von Sansibar, dort wurden sie sofort von den englischen Behörden in Gewahrsam genommen. Ein andermal flüchteten sich zwei indische Nationalisten auf eines der unbesetzten Seychellenriffe, in der Hoffnung, daß man sie dort am wenigsten suchen würde, aber die Insepatrouille in ihren Schnoobooten, die Tag und Nacht zwischen den Inseln verkehren, hatte die Flüchtlinge bald entdeckt.

Nein, Flucht ist kein Ausweg aus diesem vom Ozean umrandeten Gefängnis. Nur Loyalitätsversicherungen und reumütige Manöver, die sich an die ehemaligen Anhänger richten, und sie dazu bewegen sollen, ihre englandfeindliche Haltung aufzugeben, sind eine Möglichkeit, die Begnadigung zu erlangen. Ob dann diese Versprechungen später nach der Befreiung gehalten werden, das ist eine andere Frage, die vor allem die britische Kolonialverwaltung interessiert.

2. daß von Bundes wegen alle Maßnahmen angeordnet werden, die geeignet sind, dem arbeitenden Volke bei seiner geschwächten Kaufkraft die seit der Abwertung eingetretene Lernerhöhung und die für den Produzenten dringende nötige Erhöhung seiner zu tief gesunkenen Preise in ihren Auswirkungen erleichtern zu helfen.“

Die Regierung empfiehlt Ablehnung der Motion, da sie überholt und in sich inkonsequent ist. Nationalrat Baumann als Kommissionsreferent schildert deren Behandlung vor der Kommission und empfiehlt ebenfalls Ablehnung. — Der Motionär Hunziker (Soz., Kirchleerau) selbst erklärt, daß die Jungbauern von Anfang an mit der Ablehnung gerechnet hätten. Er verteidigt die Kaufkrafttheorie, wegen der hauptsächlich die Regierung seine Motion ablehnte. — Dr. A. Schmid (soz.) unterstützt den Standpunkt Hunzikers.

Regierungsrat Rüttimann verliest eine Erklärung der Regierung, in welcher sie ausführt, daß die Bundesbehörden ihre Pflicht erfüllen und daß es nicht angehe, diesen auf diesem Wege Direktiven über die zukünftige Wirtschaftspolitik zu geben.

In der Abstimmung wird die Motion mit 81 Stimmen gegen 47 jungbäuerliche und sozialistische Stimmen abgelehnt.

Der Vorsitzende teilt mit, daß vom Motionär Brack (Soz., Effingen) nachdem seine Motion über die Besteuerung landwirtschaftlicher Grundstücke in der letzten Sitzung abgelehnt wurde, jetzt eine Interpellation eingereicht worden sei, die den gleichen Gegenstand betreffe. Er fragt den Großen Rat an, ob er mit diesem Vorgehen einverstanden sei. Der Interpellant Brack gibt eine längere Erklärung ab, in der er parteiische Behandlung durch den Vorsitzenden vorwirft. — Notar Birch verwahrt sich gegen diesen Vorwurf. — Regierungsrat Keller erklärt, daß das Gesetz sagt, wie die landwirtschaftlichen Grundstücke eingeschätzt werden sollen. Wie dies geschehe, darüber sei das letzte Mal gesprochen worden. Der Interpellant nehme nun an, daß die jetzigen Schätzungen eine Tieferschätzung der Liegenschaften bringe. Er möchte deshalb verhindern, daß die Gläubiger ihre Einstellung diesen Tieferschätzungen anpassen. Darüber kann die Regierung nichts entscheiden. Man solle die Regierung nicht auch noch beauftragen, in dieser Beziehung bei den Banken vorstellig zu werden.

Leutwyler Kleider
Gut und billig!
12

Sabrenno
SABRENNO
KOMMT!
Nur 2 Tage!
Kommenden Montag und Dienstag
den 7. und 8. Februar
Lichtspieltheater Schlossplatz
Gewöhnliche Preise!
781
DER GROSSE ERFOLG ALLER SCHWEIZERBÜHNEN